

# Bauen allein genügt nicht

VON JÜRGEN WOLFRAM

**M**an kann die Menschen im Münchner Südwesten durchaus verstehen: Wie seit ein paar Jahren in Obersendling oder Fürstenried die Verdichtung zunimmt, wie zugleich eine unbewältigte Verkehrslawine weiter anschwillt, verursacht in einer ehemals gemütlichen Ecke der Stadt zwangsläufig schlechte Stimmung. Wer sieht schon gern zu, wie seine Wohnqualität in den Schatten von Betonburgen gerät oder unter die Räder endloser Autokolonnen? Nachvollziehbar ist daher der Ruf nach Zuzugsbegrenzung allemal. Ob er auch realistisch ist, darf bezweifelt werden. Gelungen sind derartige Reglementierungen so gut wie nie, jedenfalls nicht in liberalen Gesellschaften und schon gar nicht in größeren Kommunen.

Doch die Stadt macht es sich zu leicht, wenn sie sich auf rechtliche Ohnmacht beruft, statt Instrumente der Wachstumssteuerung zu bemühen. Ganz so, als wäre die kommunale Planungshoheit längst im Strudel nationaler Gesetzgebung verschwunden. Tatsächlich entsteht Baurecht noch immer auch in Rathäusern. Geht man damit allzu großzügig um, darf man sich nicht wundern, wenn die Entwicklung aus dem Ruder läuft und Investoren fordernd auf andere deuten, denen Baurecht schon massiv zugebilligt wurde.

Ohnehin liegt der Verdacht nahe, dass Münchens Planungsreferat mit Hinweisen auf Berliner Zuständigkeiten seine wahre Intention kaschiert: Wohnraum zu schaffen um fast jeden Preis. Dieser Eifer hat für die vorhandene Bevölkerung unliebsame Folgen. Umso wichtiger wäre es, wenn sich wenigstens die Infrastruktur der rasanten Entwicklung anpasste. Geklappt hat das bisher keineswegs immer im gebotenen Tempo. Wieso sich der Bezirksausschuss darüber in die Haare gerät, obwohl er sich in der Bewertung der Malaise eigentlich einig ist, erscheint schleierhaft. Parteipolitisches Gezänk ist offenbar nicht zu verhindern. Nun wäre der Stadtrat aufgerufen, noch einmal darüber nachzudenken, wie weit er die Nachverdichtung treiben will.